



EAK
EVANGELISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT
FÜR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
UND FRIEDEN

PROTESTANT ASSOCIATION
FOR CONSCIENTIOUS OBJECTION AND PEACE



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace - Comité d'Action Service pour la Paix

PRESSEMITTEILUNG

AGDF und EAK: Hiroshima mahnt zur atomaren Abrüstung

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden (EAK) haben anlässlich des 75. Jahrestages des ersten Atombombenabwurfs auf Hiroshima die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und alles dafür zu tun, dass die letzten Atomwaffen in Deutschland in Büchel in der Eifel endlich abgezogen werden.

„Die vielen Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren mahnen uns, alles zu tun, um eine atomwaffenfreie Welt zu erhalten“, macht Jan Gildemeister, der AGDF-Geschäftsführer deutlich. Und sein EAK-Kollege Wolfgang M. Burggraf betont: „Es ist höchste Zeit, dass nach den biologischen und chemischen nun endlich auch die atomaren Massenvernichtungswaffen geächtet werden.“

Die beiden Friedensverbände sehen dabei die christlichen Kirchen an ihrer Seite. „Sowohl die evangelische wie auch die katholische Kirche, aber auch die traditionellen Friedenskirchen, betonen seit vielen Jahren, dass die Drohung wie auch der Einsatz mit Nuklearwaffen friedensethisch nicht vertretbar sind“, sagt Jan Gildemeister. „Die EKD hat mit ihrer Friedenskundgebung von Dresden im vergangenen Jahr klar die Forderung nach einem Global Zero unterstützt. Und Papst Franziskus hat im vergangenen Jahr in Nagasaki das Wettrüsten mit Atomwaffen als himmelschreienden Anschlag auf die Menschheit verurteilt. Es wäre gut, wenn Politiker diese Stimmen hören und auch ernst nehmen würden“, erklärt Wolfgang M. Burggraf.

EAK wie AGDF äußerten daher ihr Unverständnis darüber, dass sich die Bundesregierung weder an den Verhandlungen über einen Atomwaffenverbotsvertrag beteiligt noch ihn bisher unterzeichnet habe. „In Sonntagsreden wird immer von der atomwaffenfreien Welt geredet, doch wenn es konkret wird, hält sich die deutsche Regierung zurück, auch zuletzt im UN-Sicherheitsrat“, kritisiert Gildemeister. Für Burggraf nicht nachvollziehbar: „Wenn jetzt noch wenige Staaten den Vertrag ratifizieren, ist er geltendes Völkerrecht. Doch dies wird von der Bundesregierung völlig ignoriert.“ Enttäuscht zeigen sich EAK wie AGDF dabei auch davon, dass die Bundesregierung erst vor wenigen Tagen wieder erneut ihr Festhalten an der nuklearen

Teilhabe unterstrichen habe. „Hier wäre ein neues Nachdenken dringend angebracht“, so die beiden Geschäftsführer.

Vor 20 Jahren hat der Deutsche Bundestag fraktionsübergreifend die Bundesregierung aufgefordert, Schritte für einen Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland zu ergreifen. „Wenn überhaupt, wurde dies von den politisch Verantwortlichen nur halbherzig angegangen“, sagt der EAK-Geschäftsführer. Und Jan Gildemeister warnt: „Vielmehr droht nun wieder ein atomares Wettrüsten. Und die deutsche Regierung überlegt, welches Flugzeug die nukleare Teilhabe weiter sicherstellen kann.“ Dies sei genau der falsche Weg, kritisieren EAK und AGDF.

„Am 6. und 9. August wird von vielen Regierungen, auch der deutschen, in Reden sicher wieder an die Opfer der beiden Atombombenabwürfe erinnert. Doch mit ihrer Politik der atomaren Aufrüstung werden sie diesen Opfern nicht gerecht“, bedauern Wolfgang M. Burggraf und Jan Gildemeister.

3. August 2020/dj